

mittendrin

Ausgabe 10 / 2015 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Großdemo gegen TTIP

10. Oktober 2015

12 Uhr – Hauptbahnhof

Warum wir gegen TTIP demonstrieren. - Seite 3

Neue Beton-Türme am Alex? Besser neu Nachdenken!

Die offene Mitte der Stadt muss für ihre Bewohner bewahrt bleiben, sagt Carola Bluhm, Mda der LINKEN. Berlins lebendiger Atem darf nicht von neun Büroklötzen erstickt werden. Kollhoffs Baupläne sind 25 Jahre alt - schon damals ein städtebaulicher Graus.

Fortsetzung auf Seite 7 >

Helfer erkennt man am Klebestreifen auf der Brust

Und André Ullmann lernte das ganz schnell, als er den Verein "Moabit hilft" besuchte und sich gleich selbst zum Zupacken einladen ließ. Der Verein hat seinen Stützpunkt in der zentralen Anlaufstelle für Flüchtlinge. André erfuhr vor Ort, was nötig ist.

Fortsetzung auf Seite 8 >

Wat denn? Pferdekutschen statt Straßen- und U-Bahn?

Das fragte Inge Weber den damaligen Stadtbaudirektor Stimmann, als der bei einem Stadtrundgang erklärte, die Freifläche zwischen Alex und Spree müsse ein Altstadt-Museum werden. Inges Frage kapierte er nicht. Matthias Herold fragte die 88-Jährige.

Fortsetzung auf Seite 4 >

Ein Jahr berlinXnet
16.10.2015 ab 17:30 Uhr
Greifswalder Straße 220

Vernissage
Sekttempfang
Live DJ

Bürgerbüro Carola Bluhm – Klaus Lederer – Uwe Doering

DIE LINKE.

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Haushalt mit Stolpersteinen

Die Sommerpause ist vorbei und die BVV nahm ihre Arbeit wieder auf. Zunächst ein paar Bürgeranfragen, Abstimmung über Konsenslisten und Dringlichkeiten, schnell noch wie gewohnt die Mündlichen und Großen Anfragen aufgerufen und dann folgte das, weswegen die Versammlung ja eigentlich zusammengetreten war: Die Beratungen über den Haushalt.

Dabei war es der letzte Haushaltsplannentwurf, über den diese BVV zu befinden hatte, denn es handelte sich um einen Doppelhaushalt für die folgenden zwei Jahre. Da im kommenden Jahr wieder Wahlen ins Haus stehen, wird beim nächsten Mal eine anders zusammengesetzte BVV zu entscheiden haben. Alle Fachausschüsse hatten bereits im Vorfeld zu „ihren“ Bereichen diskutiert und beraten, weswegen die BVV-Tagung selbst um eine Woche nach hinten verschoben worden war. Auch der Hauptausschuss beriet noch einmal intensiv in zwei langen Sitzungen, bevor der Entwurf dann in die BVV wanderte. Dort kursierten während der Tagung Papiere über Papiere, Anträge und Änderungsanträge, Austauschblätter zu Änderungsanträgen und so weiter. Schwer zu glauben, dass jeder Verordnete im Raum da immer genau wusste, worum es gerade ging. Aber gut, schließlich ist der Entwurf dann mit ein paar Modifikationen mit den Stimmen von SPD, CDU und Piraten beschlossen worden. Grüne und LINKE haben sich enthalten.

Doch was haben wir nun bekommen? Sagen wir mal so: Es hat schon schwierigere Haushalte mit größeren Einschnitten für den Bezirk gegeben. Diesmal haben sich die finanziellen Spielräume vielleicht sogar ein wenig erhöht, Schulden gegenüber dem Land dürften abgetragen werden und man kann wohl insgesamt von einer vorsichtigen Entspannung sprechen. All dies hat uns sozusagen „unter

dem Strich“ dazu bewogen, von einer Ablehnung abzusehen. Nichtsdestotrotz gibt es da aber eben auch jene Aspekte, die die Aussicht trüben. Bezirkliche Reserven für jetzt noch nicht genau abzusehende Ausga-



ben für die Betreuung und Integration von Geflüchteten wurden für die kommenden zwei Jahren nicht gebildet. Vorhandene Gelder aus den „Reservetiteln“, die dafür hätten eingesetzt werden können, wurden von SPD und CDU aufgelöst und in andere Bereiche umverteilt. Es bleibt zum Beispiel auch völlig unverständlich, warum auf der Einnahmeseite etwa bei Bußgeldern im Wohnungswesen lediglich 7.000 € pro Haushaltsjahr veranschlagt werden. Hier dürften vor dem Hintergrund der Zweckentfremdungsverbotsverordnung bereits ab 2016 deutlich höhere Einnahmen zu erwarten sein – Geld, das wir an anderer Stelle dringend benötigen würden. Auch bleibt unklar, warum die Zählgemeinschaft ab 2017 das Sprengelhaus nicht mitfinanzieren will, so dass das gerade in diesem Kiez so wichtige Angebot auch nach Auslaufen der Förderung durch das Land in vollem Umfang erhalten bleiben kann.

Ebenso wurden unsere Vorschläge zur Ausfinanzierung der Jugendverkehrsschule in der Bremer Straße und zur Anschubfinanzierung von „Silbernetz“ – ein ganz neues Projekt, welches zunehmender Vereinsamung insbesondere älterer Menschen entgegenwirken möchte – gänzlich abgeschmettert. Übrigens auch die Grünen wollten diese beiden Vorschläge nicht unterstützen. Nun ja, alles in allem also: Ein Haushalt mit Stolpersteinen. **Falko Loeff**

Mündliche Anfragen:

Eine Chance für die Jugendverkehrsschule Bremer Straße – befördert der erfolgreiche Tag der Offenen Tür ein Umdenken des Bezirksamtes? (Drs. 2275/IV) in der BVV direkt beantwortet
Kein Weiterbetrieb des Café Leo? (Drs. 2281/IV) wird schriftlich beantwortet

Große Anfragen:

Keine Abschiebungen aus Schulen! (Drs. 2235/IV) in der BVV direkt beantwortet

Willkommenskultur für Flüchtlinge personell unterstützen (Drs. 2247/IV) wird schriftlich beantwortet

Was wird in der Ifflandstraße gebaut? (Drs. 2252/IV) wird schriftlich beantwortet

Asylsuchenden und Geflüchteten wirksam helfen – Ehrenamt unterstützen (Drs. 2260/IV) wird schriftlich beantwortet

Dringlichkeitsanträge:

Integration von geflüchteten und asylsuchenden Menschen – Gesamtaufgabe des Bezirkes (Drs. 2285/IV) nicht behandelt

Sonderprogramme in Haushaltsplanung integrieren (Drs. 2287/IV) nicht behandelt

Anträge:

Gespräche statt Vereinsamung und Isolation von älteren Menschen / Silbernetz mehr als eine Hotline (Drs. 2161/IV) vertagt
Keine Abschiebungen aus Schulen! (Drs. 2242/IV) beschlossen

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nicht allein lassen – gemeinsam Verantwortung übernehmen! (Drs. 2253/IV) beschlossen

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE.

mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und
- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Jeden Mittwoch im Monat

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen **Nina Jenny Soest** und **Christian Wisch** von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

Jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14 bis 16 Uhr
kostenlose Mieterberatung im **Karl-Liebknecht-Haus**, Raum 523, Kleine Alexanderstraße 28, 10178

Herzliche Einladung!

Diskussion über die Schwerpunkte des Kommunalwahlprogrammes für die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung 2016

Am **Montag, 02. November, 18 Uhr im Saal 1 des Karl-Liebknecht-Hauses** (Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz) sind alle Genossinnen und Genossen, alle Sympathisantinnen und Sympathisanten eingeladen, über die Eckpunkte des Kommunalwahlprogrammes für die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung 2016 zu diskutieren.

Die Eckpunkte des Wahlprogrammes können ab dem 08. Oktober in der Geschäftsstelle empfangen werden. Auf Wunsch werden sie zur Vorbereitung der Veranstaltung auch per Post oder Email an Interessierte versandt.

Zehn Gründe

Warum wir am 10.10. gegen die Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) und Kanada (CETA) demonstrieren.

Konzerne hebeln die Demokratie aus

Investoren sollen vor Schiedsstellen gegen Staaten klagen können, wenn Gesetze ihre Gewinnerwartungen einschränken. In diesem System der Schiedsgerichtsbarkeit (ISDS) entscheiden keine ordentlichen Gerichte, sondern private, hochbezahlte Juristen im Geheimen.



Konzerne machen Regeln nach ihrem Gusto

Jede Gesetzesinitiative, die Gewinnerwartungen von Konzernen schmälern könnte, muss vorher geprüft werden. Das entmachtet demokratisch gewählte Parlamente.



Öffentliche Dienstleistungen sind in Gefahr

In der Freihandelszone soll die Auftragsvergabe von Kommunen, Ländern und Staaten völlig liberalisiert sein. Bereiche wie Nahverkehr und Wasserver- und Entsorgung und Energie, selbst in vielen Kommunen der USA in staatlicher Hand, stehen auf dem Wunschzettel großer Versorgungskonzerne.



ACTA durch die Hintertür

Urheberrechtsregelungen, wie sie durch die Ablehnung von ACTA durch das europäische Parlament vom Tisch schienen, kommen mit den Freihandelsabkommen wieder. Meinungsfreiheit und Datenschutz bleiben dabei auf der Strecke.

ausgehebelt werden. Bekanntestes Beispiel: Das Chlor-Hühnchen.

Die zarte Regulierung der Finanzmärkte steht auf dem Prüfstand

Die geringfügigen Fortschritte bei der Zähmung der Finanzmärkte – in den USA übrigens strenger als in der EU – stehen wieder unter Beschuss.

Verbraucherschutz geht flöten

Die relativ strengen Regeln des Verbraucherschutzes in der EU könnten

Der Kern des europäischen Tarifvertragsmodells steht auf dem Spiel

Betriebe ohne Gewerkschaften und Tarifverträge? In den USA üblich, drohen mit den Freihandelsabkommen auch hier. Lohndrückerei und entrechtete Belegschaften wären die Perspektive.

Staatliche Kulturförderung ist in Gefahr

Öffentliche Kulturförderung, Buchpreisbindung, die europäische Filmförderung werden auf dem Altar des Freihandels geopfert werden.

Bilaterale Freihandelsabkommen verstärken die Armut des globalen Südens

Wer Fluchtursachen wirksam bekämpfen will, muss gerechte, multilaterale Handelsregelungen bevorzugen. Die Interessen der Entwicklungsländer müssen geschützt werden.

„Wer geheim verhandelt, hat etwas zu verbergen!“

Mündige Bürgerinnen und Bürger müssen sich über ihre Angelegenheiten informieren und mitentscheiden können.

Deshalb am 10. Oktober der EU-Kommission und der Bundesregierung in die Suppe spucken und gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA auf die Straße. Die Politik der Bundesregierung in der EU – auch die gegenüber Griechenland – blieb zulange ohne sichtbaren und hörbaren Widerspruch.

Carsten Schatz, MdB

Menschen in Mitte

Inge Weber freut sich auf den „Central-Park“

Inge Weber hofft mit ihren 88 Jahren noch auf der großen Freifläche zwischen Fernsehturm und Spree – einem zukünftigen attraktiven, gepflegten „Central-Park“ – zu spazieren, sich auf Bänken auszuruhen, sich der Rosenrabatten und der Wasserspiele zu erfreuen, mit Menschen ins Gespräch zu kommen, Kinder und junge Leute bei Sport und Spiel zu beobachten.



Mit 88 hat sie noch Träume:
Inge Weber

(Foto: M.Herold)

„Ich möchte die Ideen der DIE LINKE-Abgeordneten Carola Bluhm unterstützen, dass es in dem kleinen Park vor meiner Haustür eine neue Aufenthaltsqualität für alle Berliner und ihre Gäste geben muss“, betont die noch sehr rüstige zierliche gebürtige Berlinerin.

Im Frühjahr 1945 musste die damals 17-jährige die schweren Bombenangriffe auf Berlin erleben, erinnert sich, wie sie weinend durch die brennenden Ruinen von Tempelhof zu ihrem Wohnhaus in Rummelsburg rannte mit der Angst, alle ihre Angehörigen verloren zu haben. „Ich sehe auch noch vor mir das total zerstörte Zentrum rund um den Alexanderplatz, die dunklen, engen Häuserzeilen der historischen Mitte, wo heute die große Freifläche ist.

Diese grüne Lunge inmitten des Häusermeeres muss unbedingt erhalten bleiben!“ Bei einem Rundgang einer Gewerkschaftsgruppe 2006 deklarierte der damalige Senatsbaudirektor Stimmann seine Hoffnung, dass hier wieder eine Altstadt nach alten Plänen hinter dem Schloss entstehen müsse. Inge Weber, die mitgelaufen war, fragte darauf entrüstet: „Dann müssen aber auch die Kutschen von damals Straßenbahn und U-Bahn ersetzen?“

Die Grünanlage nicht zubetonieren!

Gleich nach dem Krieg holte das noch heute aktive Mitglied der Verdi-Seniorengruppe das Abitur nach und studierte an der Humboldt-Universität Psychologie, wurde dort von der FDJ in den Studentenrat gewählt, arbeitete dann als Referentin und als Assistentin verschiedener Fakultäten, ab den 70-er Jahren im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Mit Freude beobachtete sie den Wiederaufbau ihrer Stadt, staunte über den wachsenden Fernsehturm und ihr gefiel die saubere, gepflegte Grünanlage an seinem Fuße.

Als sie 1972 eine der hellen Wohnungen in der Karl-Liebknecht-Straße gegenüber bezog, war der Park für sie eine Erholung inmitten des Getriebes der Metropole. „Nach 1990 war es mit der Schönheit vorbei“, erinnert sich Inge Weber ungerne. „Überall lag dann jahrelang Müll herum, die Brennesseln wuchsen höher als die Rosen, alles wurde vernachlässigt“. Seit einigen Monaten wird über die Zukunft des Parks diskutiert. Inge Weber hofft, „dass die Fläche nicht privatisiert und dann zubetoniert wird. Ich will mich noch möglichst lange dieses wertvollen Areals erfreuen!“ Mögen ihre Wünsche Realität bleiben!

Matthias Herold

Kurznachrichten

► **Beim Alex wird wieder exakt auf das Klima geschaut**

Die neue Station, die das innerstädtische Klima registriert, setzt die seit 1969 geführte Messreihe fort. Lufttemperatur und Luftfeuchtigkeit, Sonnenscheindauer, Niederschläge und weitere klimarelevante Daten werden aufgezeichnet. Wettervorhersagen liefert sie nicht. Die Station stand bis vor einigen Jahren mitten auf dem Alex – als einzige innerstädtische Klimawarte in ganz Deutschland. Der neue Standort nahe dem Fernsehturm sichert eine dauerhafte stabile Funkverbindung. Ein deutschlandweites Netz mit etwa zehn gleichartigen Stationen ist geplant.

► **Mehrheit will bessere Vorschulerziehung**

Nach einer Umfrage des Ifo-Instituts sind 77 Prozent der Befragten dafür, dass alle Kinder ab vier Jahren kostenfrei den Kindergarten besuchen können. Das soll aus Steuergeldern bezahlt werden. Dass die dort tätigen Erzieherinnen und Erzieher höhere Gehälter bekommen, befürworten 79 Prozent der Befragten. Qualitätsstandards in den Kitas sollte es bei der Größe der Gruppen und bei der Ausbildung der Erziehenden geben, fordern 86 Prozent.

► **Zum Schuljahresstart fehlten 20.000 bis 30.000 Lehrer**

Gymnasien, Hauptschulen und Berufsschulen meldeten Fehlstellen vor allem in den Fächern Mathematik, Physik und Chemie. Der Deutsche Philologenverband schätzt, dass sich die Probleme in Ostdeutschland in den nächsten Jahren verschärfen werden, weil eine große Pensionswelle erwartet wird.

► **1,2 Millionen lernen in Mittelstandsbetrieben**

In mittelständischen Betrieben arbeiten 85 Prozent der Auszubildenden. Zum Mittelstand zählen Unternehmen, deren Jahresumsatz sich auf bis zu 500 Millionen Euro beläuft. Die Zahl der Azubis in diesen Betrieben ist seit fünf Jahren konstant geblieben. Das sind 1,2 Millionen Auszubildende.

► **Wo sich Investitionen lohnen**

Das will ein auf Immobilien spezialisiertes Institut in den USA ermittelt haben (Jones Long Lasalle). Man bietet eine „Weltrangliste“ jener Städte, in denen ausländische Kapitalbesitzer besonders deftige Renditen einfahren könnten. Vor London, New York, Tokio, Paris und Los Angeles steht Boston auf Platz eins – vier USA-Städte unter den ersten sechs. Boston war wohl als Spitzenreiter ermittelt, bevor sich die Stadt von Olympia verabschiedete.

Herzlich laden wir zur Buchpräsentation:

Die schwarze Republik und das Versagen der deutschen Linken

Der Autor **Albrecht von Lucke** im Gespräch mit:

Dietmar Bartsch (Die Linke) und **Matthias Machnig** (SPD)

über sein neues Buch „Die schwarze Republik und das Versagen der deutschen Linken“.

Moderation: **Elisabeth Niejahr** (DIE ZEIT)

Freitag den 09. Oktober um 17.00 (!) Uhr in der **Tucholsky-Buchhandlung**

Eintritt frei! Anmeldung unter kurt@buchhandlung-tucholsky.de erbeten.
Tucholsky-Buchhandlung, Tucholskystr. 47, 10117 Berlin, Tel: 030/27577663

Bei anderen gelesen

► *Macht der Mitte*

Je länger die Eurokrise dauert, umso anziehender wird für Deutschland das Modell „Kerneuropa“. Europa war nach 1945 in erster Linie ein antisowjetisches Projekt: westliche Blockbildung in deutschem und amerikanischem Interesse.

Das Motiv zur Bändigung Deutschlands durch seine Integration in eine verstandene Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft förderte in Wirklichkeit dessen Entfesselung. Das wirtschaftliche Ungleichgewicht Europas lässt sich durch die Kernbildung nicht beheben, im Gegenteil: Die Dominanz der Bundesrepublik wird dadurch instrumentalisiert. Kerneuropa wäre ein verstärkter institutioneller Arm der wirtschaftlichen Macht, irgendwann auch mit der angemessenen militärischen Ausstattung.

– Georg Fülberth in

„Der Freitag“, 22.08.2015

► *Gewissenlos*

Zwei Meldungen: Deutschland hat an der Griechenlandkrise 100 Milliarden € verdient, und für die deutsche Rüstungsindustrie könnte 2015 zum Rekordjahr werden. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun? Irrtum! Der gemeinsame Nenner sieht so aus: Deutschland profitiert vom Leid der anderen. Es ist der Sommer der Gewissenlosigkeit. Ein schlechtes Gewissen ist uns fremd.

Im Gegenteil! Das Motto lautet ja: Frieden schaffen mit deutschen Waffen. Der Bundespräsident Gauck hat gesagt, Deutschland sei eine „solide und verlässliche Demokratie“, zu deren wachsender Verantwortung gehöre es, den Einsatz militärischer Gewalt „als letztes Mittel nicht von vornherein zu verwerfen“. Angela Merkel verkündet: „Staaten, die bereit sind, sich zu engagieren“, sollten durch Rüstungsexporte „befähigt“ werden, selbst für Frieden und Sicherheit zu sorgen.

– Jakob Augstein in

„Der Spiegel“ Nr. 34 vom 14.08.2015

Die Linke – Fraktion in der BVV

Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag, Mittwoch und Donnerstag von 15 bis 17 Uhr**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65

kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Neues Jobcenter im Wedding eröffnet

Am Leopoldplatz im Wedding ist endlich der neue Standort des Jobcenters Mitte im Zehngeschosser des ehemaligen Rathausturms fertig saniert und als neue Adresse für die Erwerbslosen und Arbeitssuchenden eröffnet worden. Etwa 160 Berater sind in das Jobcenter eingezogen.

Bisher war dieses Jobcenter in der Sickingenstraße untergebracht. Der private Eigentümer wollte das Gebäude dort für eigene Zwecke nutzen. Mit kostspieligen Folgen für alle. Das bisher kalkulierte Budget für die Sanierung des Rathausturms und des daneben stehenden Pavillons wurde um 2,5 Millionen Euro überschritten, jetzt liegt das Gesamtbudget bei 11,5 Millionen Euro, denn es hatten sich neue Anforderungen z.B. an den Brandschutz ergeben.

Das Jobcenter im Wedding wird auch in Zukunft viel zu tun haben. Noch vor wenigen Jahren war hier die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen bei 33%. Die höchste soziale Problemdichte Berlins wurde nicht zufällig und seit langem in den Stadtteilen Nordneukölln, Moabit und Wedding festgestellt. Auch heute ist z.B. in der Bezirksregion Osloer Straße etwa jeder sechste Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos.

Sozialwissenschaftler der Humboldt-Universität warnen: Die Berliner Stadtteile driften immer weiter auseinander. Während in Ge-

genden mit ohnehin günstiger Sozialstruktur Probleme weniger werden, konzentrieren sich Arbeitslosigkeit und soziale Armut in bestimmten Stadtteilen immer mehr. Das hat auch die Studie „Soziale Stadtentwicklung“ gezeigt, die



Neues Jobcenter für den Problembezirk

der Soziologe Hartmut Häußermann im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung erarbeitet hat. Die Untersuchung umfasste 319 Stadtgebiete. Bedrückend dabei ist, dass diese Entwicklung auch in den anderen europäischen Metropolen bereits früher so gelaufen ist.

Rainer Scholz

1 JAHR STADTBÜRO KATRIN LOMPSCHER (MDA, DIE LINKE)

"QUER WIRD'S ZUR LANDSCHAFT"

MALEREI & COLLAGEN VON HEINZ RUNGE

AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG AM 1. OKTOBER 2015 UM 18 UHR
EINFÜHRENDE WÖRTE: PROF. MICHA BILMEIK
MUSIC: ERWIN STRONGIN (WYCENT)

AUSSTELLUNGSDAUER: 1. OKTOBER BIS 30. DEZEMBER 2015
ÖFFNUNGSZEITEN: MONTAG - DONNERSTAG: 14 BIS 18 UHR
FREITAG: 10 BIS 16 UHR

10885 BERLIN-CHARLOTTENBURG | BEHAIMSTRASSE 17 | U7 RICHARD-WAGNER-PLATZ
WWW.KATRIN-LOMPSCHER.DE/STADTBÜRO

Im Wechsel der Gezeiten

Nicht nur das Wetter ändert sich. Menschen sind auf Gedeih und Verderb auch dem Zeitgeist ausgeliefert.

Zehntausende flüchten nach Berlin, was in Verkehrsmitteln und manchen Gegenden sichtbar wird. Am frühen Morgen verlassen an der Turmstraße junge Männer und Familien mit Kindern den Flughafenbus. Ihr Ziel heißt Lageso, die Urlauber fahren weiter. Weltpolitik kann den lokalen Blick ändern. Am griechischen Wahlsonntag sehe ich in der Veteranenstraße ein griechisches Delikatessengeschäft. Es ist aber schon 18 Monate alt. Damals war Griechenland noch kein Thema. Die Bio-Produkte kommen von einem genossenschaftlichen Hof. Ich koste vom Olivenöl, kaufe Käse, auch einen Strauß duftendes, von griechischer Hand gepflücktes Oregano. Mein Sommer war ohnedies mediterran. Einige Tage staunte ich in Sizilien über zerfallende barocke Kleinstädte, auf Landstraßen sah ich junge Afrikaner auf Mitfahrgelegenheiten warten, einige Orte plakatierten, Flüchtlinge seien willkommen. Ein Mann aus Bangladesch meinte hingegen, jeder wolle nach Europa.

Und er ergänzte: Germany.

Vor Herbstbeginn war ich eine Woche im sommerheißen Manhattan, wo neue Wolkenkratzer blitzen, zum einst verkommenen westlichen Midtown-Ufer für 2,4 Milliarden Dollar eine Subwaylinie verlängert und eine zeitgemäße, schöne, praktische Bahnstation eröffnet wurde. Eine neue gigantische Stadtgegend ist im Bau. In Parkanlagen grünte und blühte es, Museen luden ein, auf Inseln mitten im Verkehr lockten bunte Bänke, Stuhl-, Tisch- und Sonnenschirme. Alles privat finanziert, Immobilienbesitzer müssen Stadt und Bewohnern mit solchen Investitionen dienen.

Öffentlich gefördert werden Fahrradwege und Aufsteller mit Fahrradplänen, wo blaue Mieträder warten. Keine Straße scheint ohne Wasch- und Reinigungsgeschäft, neben Restaurants gibt's viel Street Food. Die Preise steigen. Kürzungen bedrohen das städtische Programm, durch das Arbeits- und Obdachlose, respektierte Straßenreiner und Manhattan zur sauberen Stadt wurden. An jedem Müllkorb wird vom Bürgermeister gefordert, den Abbau



Sogar Tante-Emma-Läden kann man finden

zu verhindern. In Berlin verblasst derzeit das Image arm und sexy. Die gemütliche Insel schwankt. Der soziale, kulturelle und klimatische Wandel braucht neue Strategien und realistische Ab- und Vorbilder.

Irene Runge

Schulstart mit Hindernissen

Sparvorgaben des Senats verhindern reibungsfreien Schulstart in Mitte. Und die Leidtragenden sind Kinder und PädagogInnen

Bereits Anfang Juni war klar: Allein in Mitte fehlen 500 Schulplätze für ErstklässlerInnen. Wohlgemerkt für Berliner Kinder – die Anzahl der benötigten Plätze in Willkommensklassen für Kinder aus geflüchteten Familien war noch nicht abzuschätzen.

Der Grund dafür war ein fehlerhafter Schulentwicklungsplan von Bezirk und Senat, der auf falschen Annahmen in der Bevölkerungsentwicklung beruhte. Die Folgen sind gravierend. Jeder Quadratmeter Schulfläche muss nun als Klassenzimmer erhalten und die mühevoll ausgearbeiteten pädagogischen Konzepte der Schulen werden über den Haufen geworfen.

Die Erika-Mann-Schule, eine Grundschule nahe des Leopoldplatzes, die ihr Problemimage abstreifen konnte und nun zu einer der am besten nachgefragten Schulen des Bezirks gehört, musste zwei erste Klassen zusätzlich aufnehmen. Hier lernen die Kinder im jahrgangsübergreifenden Lernen (JÜL),

bei dem Erst-, Zweit-, und DrittklässlerInnen gemeinsam eine Klasse besuchen. Dieses pädagogische Markenzeichen der Schule



Volle Schultüten, übervolle Schulen

erfordert aber aus jedem Altersbereich gleichviele Kinder. Die Kinder aus den beiden zusätzlichen ersten Klassen können an dem erfolgreichen Konzept der Grundschule nicht teilhaben. Die beiden neuen Klassen-

räume sind ein ehemaliger Garderobenraum und ein Computerkabinett. Ähnlich kurios ist die Situation in der Möwensee-Grundschule im Afrikanischen Viertel. Für eine zusätzliche erste Klasse musste ein Konferenzraum geopfert werden. Klassenmöbel und Lehrkräfte wurden zum Schulbeginn für die zusätzlichen 24 SchülerInnen aber noch nicht eingeplant.

Das Kollegium holte ausgemusterte Tische und Stühle aus dem Keller und der Unterricht wird durch Lehrkräfte abgedeckt, die eigentlich für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf eingeplant waren. Um die fehlenden Schulplätze zu schaffen, setzen manche Bezirke auf Zwischenlösungen durch Container. Doch Mitte bekommt keine, weil dem Bezirk die im Landesvergleich zu hohen Stückkosten pro Schulplatz auf die Füße fallen. Erfolgreiche pädagogische Konzepte werden also dem Spardiktat des Senats geopfert. Gute Schule geht anders.

Tom Erdmann

Investorenfreundlicher Größenwahn

„Verbietet das Bauen am Alexanderplatz!“, möchte man rufen und „Lasst uns lieber nachdenken!“ hinterher schicken. Der Architekturverleger und Autor Daniel Fuhrhop jedenfalls sagt genau das in seiner jüngst erschienenen Streitschrift.

1993 legte der Architekt Hans Kollhoff einen Plan für die Bebauung des Alexanderplatzes vor. Dieser Plan sah vor, zehn Hochhäuser zu bauen. Die sollten in den Himmel ragen und das historische Ensemble klein und nichtig erscheinen lassen. Manchmal ist

Berichtigung:

Leider ist mir in meinem Beitrag in der letzten „mittendrin“ ein bedauerlicher Fehler unterlaufen, den ich unbedingt richtigstellen möchte.

Es war von 2000 neu zu bauenden Wohnungen die Rede, die aber gerade nicht im Freiraum zwischen Spree und Fernsehturm gebaut werden sollen. Hier geht es gerade darum, diesen Freiraum zu erhalten und keinesfalls zu bebauen, sondern die Aufenthaltsqualität zu erhöhen.

Die Großzügigkeit der Gestaltung der DDR-Moderne ist ein Schatz für Berlin und darf nicht zugebaut werden.

Dieser Bereich ist gerade als Ausgleich für die Verdichtung, die jetzt an vielen Orten in der Stadt realisiert wird, wichtig.

Carola Bluhm

es gut, wenn es an Geld mangelt. Zumindest dann, wenn Projekte entwickelt werden, die nicht die Menschen in den Blick nehmen, sondern Investoren, die Landnahme an die Stelle von behutsamer Erneuerung setzen und sich einen Teufel um das scheren, was die Bürgerinnen und Bürger wollen und brauchen.

22 Jahre, nachdem dieser Plan, der bislang zum Glück nicht realisiert wurde, vorgelegt worden war, hat Kollhoff nachgelegt oder besser: Er hat einfach noch mal das Gleiche auf den Tisch gelegt. Aus zehn Hochhäusern sind elf geworden. Dass dies überhaupt und wieder diskutiert wird, hat auch etwas mit großer Hybris und einer ungeheuren Arroganz zu tun. In den vergangenen Monaten fand eine breite öffentliche Diskussion zur „Neuen Mitte“ statt, an der sich viele Bürgerinnen und Bürger beteiligten. Und auch wenn es viele Kontroversen gab und gibt, ist doch eines klargeworden: Eine übergroße Mehrheit der Menschen lehnt die Bebauung des Alexanderplatzes nach den Plänen von Kollhoff ab. Wer jetzt meint, dies könne einfach ignoriert werden, verhält sich zutiefst undemokratisch. Am Ende solcher Prozesse bekommen wir – nur zum Beispiel – ein teures Schloss vor die Nase gesetzt, das den Wilhelminismus feiert und der Moderne trotz.

Es ist ein großer Erfolg, dass es inzwischen faktisch einen Ensembleschutz für die DDR-Moderne am und um den Alexanderplatz gibt. Endlich, wenn auch spät, wurden das



einstige Haus des Reisens und das Haus des Berliner Verlages unter Denkmalschutz gestellt. Aber wie mag das Ensemble, wie mögen die denkmalgeschützten Häuser wirken, wenn sie erdrückt und erschlagen werden von elf Hochhäusern? Und wer wird einen Nutzen davon haben, wenn Grundstücke zu Schnäppchenpreisen an Investoren vergeben werden, die uns noch mehr teure Büroflächen, Einkaufstempel, Hotels, Luxusappartements beschere? Ganz sicher nicht die Anwohnerinnen und Anwohner.

Berlin verfügt über 18 Millionen Quadratmeter Bürofläche, die Leerstandsquote ist nicht niedrig – aktuell weist der Leerstandsmelder mehr als 616 Einträge auf. Es mangelt an Wohnungen, aber nicht an teuren Büros in der Stadt. Aber es geht nicht nur darum. Es geht darum, ob der Alexanderplatz ein Lebens-, Aufenthalts- und Begegnungsort sein wird oder eine protzige Kulisse. Ob man sich hier wohlfühlt oder inmitten einer gewalttätigen architektonischen Geste verliert.

Carola Bluhm

Wenn Geschichte anschaulich wird

„Es ist Krieg!“ – Zum Abschluss der Ausstellung zum 1. Weltkrieg fand am 8. September ein Podiumsgespräch im Mitte Museum in der Pankstraße 47 statt. Dabei diskutierten Sigrid Schulze und Dr. Hartmut Henicke vom Mitte Museum mit Conrad Mücke vom Museum für Kommunikation und Henning Holsten vom Mobilien Museum Neukölln über ihre Ausstellungserfahrungen zum Großen Krieg (H. Münkler) und darüber hinaus.

Die Herausforderung habe darin bestanden, die Frontverläufe und Geschehnisse der Großwetterlage abzubilden und dennoch der regionalhistorischen Ausrichtung des Museums gerecht zu werden, waren sich Schulze und Dr. Henicke einig. Dies obendrein in Konkurrenz zu den großen Häusern mit den dicken Budgets. Glücklicherweise sei man dann darauf gestoßen, dass sich im hauseigenen Depot einige starke Exponate befanden, anhand derer sich die Geschichte von oben wie



von unten habe erzählen lassen. So erinnere beispielsweise eine Kriegsstammrolle an einen Frontsoldaten aus Moabit, dessen „militärische Karriere“ nach dem Krieg im Freikorps Reinhard weiterging, wo er vermutlich an der Niederschlagung der Novemberrevolution beteiligt gewesen sei. In diesen Geschichten verbinde sich das Lokale mit dem Regionalen und Nationalen – und Museumsarbeit funktioniere, wie Henicke ausführte.

Ähnliches wusste Henning Holsten über Neukölln zu berichten, wo dem öffentlichen Aufruf zur Leihgabe von persönlichen Erin-

nerungsstücken dutzende Menschen gefolgt seien und damit die Ausstellung zum 1. Weltkrieg erst ermöglicht haben. Holsten verwies außerdem – als weitere Parallele zum Roten Wedding – auf den proletarischen Widerstand, den es in Neukölln spätestens seit dem Hungerwinter 1916/17 gegeben habe und aus dem sich große Teile der Anti-Kriegsdemonstrationen rekrutierten. Mit der Kritik am Krieg, die zum Ende der Monarchie führte, seien die Kiez-Geschehnisse dann wirklich Weltgeschichte geworden.

„Es war Krieg!“, müsste es am Ende konsequenterweise heißen, denn das Jubiläumsjahr ist vorbei und damit größtenteils auch die Erinnerung. Nichtsdestotrotz seien derlei Jubiläen nicht zu verurteilen, sondern weiterhin als Chance zur „Handlungsorientierung für die Gegenwart“ (W. Hardtwig) zu begreifen. Darin waren sich die Podiumsgäste einig.

Andreas Wiebel

Das ist das Letzte

Auf jeder Flug- oder Seereise ist der Einkauf in der Freihandelszone eine besondere Freude für alle Passagiere. Da gibt es alles für jeden so günstig wie nirgends. FREI klingt schön. HANDEL klingt nützlich. AMERIKA klingt stark. KANADA klingt weit. Die EU ist unsere Wohngemeinschaft im Haus EUROPA. Also was kann da schief gehen, wenn die EU mit Kanada und den USA ein Freihandelsabkommen beschließen will? Die Antwort steht in den Papieren von TTIP und CETA. Die kennen aber nur eine Handvoll Leute. Das ist der undurchsichtige Sack, der unter Ausschluss der Öffentlichkeit zusammengeknäht wurde. Wer sich darin eine herzallerliebste Schmusekatze erhofft, kann sehr enttäuscht sein. Diese Katze – so hört man – frisst keine Mäuse, sondern Chlorhühner, wie sie auch bei uns auf den Tisch kommen sollen. Alles übrige Futter kann mit Gen-Technik und Pestiziden verseucht sein, wie es unsere Gesetze und Normen für die Nahrung verbieten. Und die „Samtpfötchen“ dieser Katze haben keine Hornkrallen, sondern Stahlklappen einer eigenen Gerichtsbarkeit, mit denen sie unsere Einwände zerfetzen kann. Kurzum: Wenn alles so ist, wie Eingeweihte sagen, dann lauert in dem Sack, wo TTIP und CETA draufsteht, keine Schmusekatze, sondern eine Raubkatze, die faucht. Da müssen unsere Bauern, Fabrikanten und Verbraucher auf der Hut sein, dass sie nicht durch den Wolf gedreht werden. Das klingt wie aus einem Horrorfilm. Aber das droht, wenn die Globalisierung als Dampfwalze der Weltkonzerne über uns kommt. Wenn Abkommen im Hinterzimmer ausgekungelt werden. Wenn die niedrigsten, statt höchsten Qualitäts-Standards zur Norm werden. Wenn die US-Buch- und Filmfabriken die letzten anspruchsvollen Kleinanbieter zuschütten dürfen. Wenn die Haifische über die Aquarien regieren. Ehe diese Abkommen ankommen, müssen sie nachverhandelt werden!

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte

der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Serinek/Druckerei Bunter Hund, Berlin

Redaktionsschluss: 23.09.2015

Ausgabetag für Nr. 11/2015 – 05.11.2015

„Refugees welcome“ – Helfer auch!

Vereinbart ist ein Interview mit dem Sprecher von „Moabit hilft“. Doch es kommt anders. Ein Besuch beim Verein „Moabit hilft“.

Auf dem riesigen Lageso-Gelände, der zentralen Anlaufstelle für Flüchtlinge, suche ich Haus R, den Stützpunkt von „Moabit hilft“.

Unterkunft für den Mann organisiert werden, denn über's Wochenende bleibt das Lageso zu. Kein Einzelfall ... Mein Interview hat leider nicht geklappt, aber Eindrücke und Infos habe



Da mein Interviewpartner gerade woanders gebraucht wird und daher unauffindbar ist, werde ich von Büroleiter Peter gleich zu stupider aber notwendiger Sortierarbeit herangezogen. Motto: „Wenn Du schon wartest, kannst Du auch gleich sinnvoll warten.“

Das Büro des Büroleiters ist übrigens ein Zelt. Merke: Wer sich selbst verwirklichen will, sollte hier nicht helfen wollen. Aber das will hier sowieso niemand. Nützlich machen dagegen sehr wohl! Die zahlreichen Helfer erkennt man an den Klebebandstreifen auf der Brust, auf denen ihr Name steht. So improvisiert wie die Namensschilder sind, ist auch sonst vieles, aber nicht alles. Entlang der Aufgaben haben sich funktionierende Strukturen herausgebildet. Essen verteilen oder Sachspenden entgegennehmen läuft sehr routiniert ab. A propos Sachspenden: Gebraucht werden noch Handys (mit Ladeteil! Daten löschen und Tastensperre entfernen nicht vergessen!), BVG-Einzel- und Gruppenkarten für den Tarifbereich A und B sowie Kinderwagen und Buggys. Kleiderspenden momentan nicht, doch wenn der Winter naht, sind auch dicke Sachen in eher kleinen Größen wieder gefragt (übrigens auch für Obdachlose!). „Pfleagemittel wie Zahnbürsten, Duschgel, Shampoo, Einmalrasierer und Rasierschaum nehmen wir auch gerne entgegen“, meint Peter. Eine junge Frau kommt auf ihn zu: „Kennt sich jemand mit Papieren aus?“ Behördenkram also. Ein Herr habe seine Papiere zurückbekommen, es sei kein Platz mehr für ihn. Nun muss eine

ich nach kurzer Zeit genug gesammelt. Fazit: Es gibt viel zu tun!

Wer helfen will, wendet sich an „Moabit hilft“ unter (0151) 28 00 51 50, wer spenden will unter (0151) 29 04 69 85.

Unter www.moabit-hilft.com sind Arbeitsgruppen und aktuelle Spendenbedarfslisten einsehbar. Wer Arabisch, Serbisch, Russisch oder Englisch kann, eine Engelsgeduld besitzt und Behördengänge für eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung hält, darf sich ebenfalls gerne bei „Moabit hilft“ melden.

André Ullmann

Wir gratulieren im Oktober zum Geburtstag!

- Zum 96. Gerda Gadow
- zum 90. Anneliese Dohnert
- zum 89. Karl-Heinz Elsen,
Hannelore Schiller
- zum 88. Erika Jahnke, Peter Knoll,
Eberhard Mannschatz,
Irene Schwabe
- zum 86. Werner Butter
- zum 85. Horst Pargmann
- zum 83. Edith Schade, Maria Seifert
- zum 81. Ursula Mika
- zum 75. Lieselotte Gruner, Gert Lange
- zum 70. Hanna Kaukel,
Joseph Rothmann